



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Regebeginn

Nr. 375 / 2013

Umwelt / Nachhaltigkeitsbeirat

Kiel, Donnerstag, 22. August 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Oliver Kumbartzky: Ein Nachhaltigkeitsbeirat gewährleistet eine vernünftige Begleitung der Energiewende

In seiner Rede zu Top 16 (Nachhaltigkeitsbeirat für Schleswig-Holstein) erklärt der umweltpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Wir hören immer wieder den Begriff ‚Nachhaltigkeit‘ in nahezu allen Reden der Koalitionsabgeordneten und der Minister. Doch niemand weiß, ob das Handeln der Regierung und der Koalition wirklich nachhaltig ist und ob einige Maßnahmen überhaupt sinnvoll sind.

Um vor allem im Bereich der Energiewende das Handeln wissenschaftlich zu begleiten, hatten wir in der vergangenen Legislaturperiode nicht nur einen jährlichen Bericht eingefordert, sondern auch einen Beirat, der die Ergebnisse unabhängig bewertet.

Zwar konnten wir über den Bericht in der Juni-Tagung sprechen, aber den begleitenden Beirat gibt es bis heute nicht. Vielleicht fürchtet ja Umweltminister Dr. Robert Habeck, dass der Beirat Kritik an seinem derzeitigen Vorgehen äußert oder das nicht wirklich vorhandene Handeln des Ministers anspricht. Denn bis auf Diskussionen mit Bundesumweltminister Altmaier und der Genehmigung von Aufsuchungen und Bewilligungen von Gebieten zur Förderung von Kohlenwasserstoffen, scheint das Ministerium in diesem Bereich in den vergangenen Monaten nicht viel voran gekommen zu sein.

Damit es nicht zum Stillstand oder zu Fehlentwicklungen kommt, sollte der Beirat eine vernünftige Begleitung der Energiewende gewährleisten. Ich begrüße den Antrag der CDU, der eine Ausweitung des von uns bereits geforderten Beirates zum Ziel hat. Denn spätestens seit der Einführung des Programms ‚PROFI‘ ist deutlich geworden, wie wichtig ein solcher Beirat ist. Bei ‚PROFI‘ sollen Millionen Euro für Sanierungsprojekte ausgegeben werden, und die Landesregierung ist nicht in der Lage, uns darzustellen, ob die Maßnahmen sich rentieren werden, oder wie sinnvoll die Maßnahmen

wirklich sind.

Wir benötigen endlich eine wissenschaftliche Sicht auf solche Maßnahmen und nicht immer wieder ideologisch geprägte Entscheidungen durch die ‚grüne Brille‘.

Und so einen Beirat könnte man thematisch auch noch breiter aufstellen. Schließlich wurden in den letzten Monaten auch in anderen Bereichen Entscheidungen durch die ‚grüne Brille‘ getroffen. So hat der grüne Umweltminister ohne Not und gegen jeglichen Fachverstand einen neuen Knickerglass in Kraft gesetzt. Eine abschließende wissenschaftliche Begründung für die willkürlich festgelegten 50 Zentimeter Randstreifen gibt es nicht. Auch, ob dieser Erlass zu einem verbesserten Natur- und Artenschutz führt, ist nicht abschließend geklärt. Dafür wird ein ganzer Berufsstand unter dem Deckmantel des Natur- und Artenschutzes gegängelt.

Neben diesen bereits getroffenen Entscheidungen stehen unserem Land noch weitere fragwürdige Entscheidungen bevor. Die Landesregierung hat bereits angekündigt, den Landesentwicklungsplan erneut zu verändern und auf den Prüfstand zu stellen. Was diese Änderung nur wenige Jahre nach der letzten Neufassung mit nachhaltiger Politik zu tun hat, ist mir wirklich schleierhaft. Statt zunächst die Steuerungswirkung des noch gültigen Landesentwicklungsplanes abzuwarten, soll sich die Wirtschaft direkt auf einen neuen Entwicklungsplan einstellen. Nachhaltige Politik sieht anders aus.

Der Koalition geht es in erster Linie darum, ihre eigenen ideologischen Überzeugungen durchzusetzen. Dies wird auch im geplanten Dauergrünlandgesetz deutlich. Hier soll wieder einmal ohne eine ausreichende Prüfung ein großer Teil unseres Landes quasi aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen werden. Welche Konsequenzen daraus für die weiteren Flächen entstehen und ob es zu der erhofften Verbesserung im Naturschutz kommt, ist zumindest fragwürdig.

Lassen Sie uns daher gemeinsam diesen Beirat ins Leben rufen. Vor allem für die Grünen und den Umweltminister kann es nur von Vorteil sein, wenn deren Politik endlich einmal auf den Prüfstand gestellt wird. Wenn Sie von ihrer Politik überzeugt sind, dann dürften Sie einen solchen Beirat nicht fürchten.“